

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Wittwoch, den 27. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Simons' Rechtfertigung.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, hat gestern in ausführlicher Reichstagsrede sein Verhalten, das zu den bekannten neuen Vorschlägen an Harding führte, gerechtfertigt und die Aufnahme, die er gefunden hat, läßt darauf schließen, daß allgemein das Bestreben herrscht, eine eingeleitete diplomatische Aktion nicht durch rückwärts gerichtete Kritik zu stören.

Von den sachlichen Mitteilungen, die der Minister zu geben hatte, machte den stärksten Eindruck die Befundung, daß die neue Note an Harding vom Kabinett einstimmig festgestellt worden ist. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Einstimmigkeit auch zu erzielen gewesen wäre, wenn neben den drei Deutschen Volksparteilern auch noch einige Deutsche nationale im Kabinett säßen. Die Deutschnationalen sind jetzt außerhalb der Verantwortung und können daher ohne Gefahr nationale Entrüstung mimen; die Sache sähe aber ganz anders aus, wenn sie gezwungen wären, an der Verantwortung teilzunehmen; dann würden sie auch nicht anders handeln können als die volksparteilichen Minister.

Die Sozialdemokratie, für die in der heutigen Sitzung Genosse Hermann Müller das Wort ergreifen wird, befindet sich als Nichtteilnehmerin an der Regierungsgewalt formell in derselben Lage wie die Deutschnationalen. Sie könnte sich, wenn sie wollte, bequem im Herunterreißen üben und fände, wenn sie sich Mühe gäbe, vielleicht auch dazu geeignete Objekte. Vielleicht wäre es z. B. ganz reizvoll, zu unteruchen, wie volksparteiliche Organe früher das Verhalten sozialdemokratischer Minister des Auswärtigen beurteilt haben, und wie verständlich sie sich im Gegensatz zu früher jetzt zu den Taten der bürgerlichen Reichsregierung stellen. Indes ist die Zeit für innerpolitische Rekriminationen solcher Art viel zu ernst. Möchten doch alle bürgerlichen Parteien aus ihren gegenwärtigen Ergebnissen die Lehre entnehmen, daß es unrecht ist, anderen die nationale Gesinnung abzusprechen, wenn diese anderen gegebene Notwendigkeiten anders beurteilen, als man selber es tut!

Die deutschnationalen Presse freilich sieht einseitigen keinen Grund, von ihrer Verleumdungstaktik, die den Gegner immer als den national minderwertigen hinstellt, abzugehen. Sie ist in ihren Betrachtungen über den — sachlich in keiner Weise erfreulichen — Stand der Dinge voll von dunklen Andeutungen über eine geheimnisvolle Rolle, die die deutsche Sozialdemokratie dabei gespielt haben soll. So heißt es z. B. in der „Deutschen Tageszeitung“:

Außerordentlich erschwert wird die ganze derzeitige Lage durch die Stellung der Sozialdemokratie, die starke Analogien mit derjenigen aufweist, die sie in den kritischen Tagen des November 1918 einnahm. Diese partei- und klassenegoistische Haltung der Sozialdemokratie wird auf die Gestaltung der Aussprache im Reichstag über die auswärtige Politik nicht ohne Einfluß sein.

Wir würden in so ernster Zeit derartige alberne Redensarten nicht der Erwähnung für wert halten, wenn sie nicht immer wieder in nur wenig veränderter Form in der deutschnationalen Presse auftauchten. Das veranlaßt uns, die Redakteure dieses völkischen Volksgemurks aufzufordern, sie möchten die Güte haben, sich einmal etwas deutlicher auszudrücken.

Einstweilen sei ausdrücklich festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei die Entschlüsse der Reichsregierung anders als durch ihre allbekanntesten öffentlichen Äußerungen nicht beeinflusst hat, daß sie weder das Interview des Herrn Dr. Simons mit Herrn Sauerwein veranlaßt, noch die Vermittlung des Botikans oder Amerikas eingeleitet, noch sonst durch Ratschläge hinter den Kulissen die Regierungspolitik in eine bestimmte Richtung zu drängen versucht hat. Sie steht den Handlungen der Reichsregierung gegenüber als Unbeteiligte und völlig frei da — nur daß sie eben nicht daran denkt, in der Art, wie die Deutschnationalen es tun, ihre Freiheit zum Schaden des Ganzen zu mißbrauchen.

Die Regierung Fehrenbach-Simons hat einen einzigen Weg beschritten, und sie ist noch nicht an seinem Ende angekommen. Mittwegs umkehren hätte keinen Sinn! Sie hat Vorschläge unterbreitet, und sie wird diese Vorschläge weiter ändern müssen, wenn sie mit ihnen erreichen soll, was sie mit ihnen erreichen will. Herr Simons hat nicht wie ein Sieger gesprochen und nicht wie ein Optimist, wahrhaftig nicht! Das Haus hat ihn nicht gefeiert, es besteht dazu auch kein Grund. Aber neun Zehntel sehen ein, daß es jetzt nicht anders geht!

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde gestern im Reichstag um 4 1/2 Uhr nachmittags die Besprechung der auswärtigen Lage fortgesetzt.

Außenminister Dr. Simons:

Bevor ich zur Beantwortung der Interpellationen übergehe, habe ich die Ehre, Ihnen die Note vorzulegen, die vorgestern abend namens der Reichsregierung dem hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten übergeben worden ist. (Der Minister verliest unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die Note.) Zur Erläuterung der Note darf ich auf die Entwicklung der Reparationsfrage seit der Londoner Konferenz etwas näher eingehen.

Der Mißerfolg der Londoner Konferenz beruhte in erster Linie auf der Unvereinbarkeit der beiderseitigen Anschauungen, nämlich des deutschen Standpunktes über unsere Leistungsfähigkeit mit der Höhe der von den Alliierten geforderten Summen. Die Kluft war zu groß, um in der kurzen Zeit der Londoner Konferenz überbrückt zu werden, zumal die beteiligten alliierten Regierungen mit dem unbedingten Entschluß auf die Londoner Konferenz gegangen waren, weitere Abstriche von ihren Forderungen nicht zuzulassen. Ein weiterer Grund zum Mißerfolg war die überstürzte Anknüpfung der Zwangsmassnahmen, die durch ihre Schroffheit jede weitere vertrauliche Beratung der Angelegenheit auf das äußerste erschweren mußten. Aber beide Gründe des Mißerfolges, dasjenige, was ich

die „Ohrfeige“

genannt habe, und dasjenige, was ich die „Kluft“ genannt habe, erschweren auch die Anknüpfung neuer Verhandlungen, und dennoch mußte ein solcher Versuch gemacht werden. Der Reichstag hatte in seiner großen Mehrheit unser Londoner Angebot für zu hoch erachtet. Daraus ergab sich für die Regierung, daß die neuen Verhandlungen nicht beruhen konnten auf einer Erhöhung unseres Angebotes, sondern nur auf einer veränderten Grundlage. Diese veränderte Basis mußte zunächst bei uns gesucht werden, und mußte dann durch Vermittler an die Gegenseite herangebracht werden. Was die andere Basis anlangt, so habe ich schon früher hingewiesen auf die doppelten Verluste, die hier gemacht worden sind, einmal für die Lösung des Wiederaufbauproblems, andererseits aber auch durch den Ausbau eines Anleiheprojekts. Die Frage des Wiederaufbauproblems war sehr erschwert dadurch, daß sich aus den früheren Verhandlungen ergeben hatte, wie stark die öffentliche Meinung in Frankreich sich vor einer Betätigung deutscher Arbeitskräfte in den zerstörten Gebieten fürchtete. Deshalb haben wir zunächst ein Projekt verfolgt, das es uns ermöglichen sollte, ohne viele Arbeitskräfte nach Frankreich zu schicken, doch

die Wiederaufbauarbeit durch eigene Arbeitskräfte

soweit zu fördern in dem Sinne, daß wir sie auch für den Wiederaufbau Frankreichs nutzbar machen können. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, daß von deutscher Seite die Reparationskosten dazu verwendet werden, um gewissermaßen neue Kriegsgewinne zu schaffen. Immerhin hat sich herausgestellt, daß in den letzten Monaten in Frankreich ein Umschwung stattgefunden hat. Die Geschädigten selber haben sich Wortführer erwählt, die in der Kammer für ihre Rechte eintreten und dort ausgeführt haben, daß es doch immerhin besser sei, wenn Deutsche in den zerstörten Gebieten arbeiten, als wenn man die deutsche Arbeit von vornherein ablehnt. Infolgedessen hat die deutsche Regierung auch ihr altes Projekt, das in Spa schon vorgeschlagen worden war, nämlich die eigene Regie und die Uebernahme von Wiederaufbauarbeiten in den einzelnen Städten und Flecken, wieder aufgenommen. Nachweisungen über die Erfahrungen der preussischen Restierung bei dem Aufbau Ostpreußens befinden sich im Besitze der Gegner. Die Herren des Wiederaufbauministeriums besaßen sich bitter, daß ihnen von französischer Seite so wenig Hilfe entgegengebracht worden ist. Bisher ist allerdings die öffentliche Meinung in Belgien und in Frankreich die, daß man nicht Arbeit will, sondern Geld. Es haben sich nun in dankenswerter Weise die freien Gewerkschaften der Angelegenheit angenommen. Sowohl die internationalen Gewerkschaftsverbände wie auch die deutschen freien Gewerkschaften sind in der Wiederaufbaufrage sehr tätig gewesen. Den Dank, den sie sich dadurch von der ganzen Welt verdient haben, gestatte ich mir, ihnen an dieser Stelle auszusprechen. (Bravo! links.) Diese Pläne können natürlich erst nach einer Verständigung mit der Regierung der zerstörten Gebiete in die Tat umgesetzt werden. Etwas, was sofort ausgehen kann, ist das, daß den Interessenten von der deutschen Regierung geeignete Unternehmungen nachgewiesen werden. — Der zweite Punkt ist sodann die

Vorbereitung einer Anleihe.

Die Bellfleur Finanzkonferenz hat sich mit dem Gedanken der internationalen Anleihe in einer Reihe von Projekten beschäftigt, von denen das eine mehr, das andere weniger die Zustimmung der sachverständigen Versammlung gefunden hat. Keines ist aber als das maßgebende angenommen worden. Die deutschen Pläne sind im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden. Ich habe verschiedentlich mit Herren des Finanzministeriums, in der Schweiz auch mit dem Staatssekretär Bergmann und mit neutralen Sachkennern gesprochen. Die Vorschläge des Finanzministeriums verbanden eine internationale mit einer nationalen Anleihe. Wir müssen unter allen Umständen auch in einer Mittel im großen Umfang zur Verfügung haben, wenn das Problem gelöst werden soll. Die neutralen Sachkennern haben bei den Anleiheplänen meist die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit aus der Schätzung. Trotzdem glaube ich, daß die Pläne geeignet wären, die Zustimmung der Gegenseite zu erlangen. Unter diesen Umständen mußte man versuchen, an die Regierungen selbst heranzukommen. Dieser Versuch ist kein Wiederspruch zu meiner Reichstagsrede. Ich war immer bereit, auf neue Verhandlungen einzugehen. Es ist mir nicht eingefallen, einer neutralen Regierung eine Interdiktion zuzumuten. Beschleunigt

habe ich mit Vertretern weniger interessierter Regierungen hier in Berlin mich über die Lage unterhalten und auch das Reparationsproblem gestreift. Stets habe ich gefunden, daß

Voraussetzung für jedes Verhandeln die Annahme der Pariser Beschlüsse

sei. Das war völlig ausgeschlossen. Die Pariser Beschlüsse hatte ich nach wie vor für undurchführbar und auch nicht für im Interesse der Alliierten selbst liegend. Es wäre besser gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, die Reparationsfrage unmittelbar mit der französischen Regierung zu beraten. Aber von Frankreich her tönten die Stimmen nicht so, daß man auf einen unmittelbaren Verkehr Hoffnung setzen konnte. In der Schweiz habe ich einen starken Eindruck bekommen von der öffentlichen Meinung in Frankreich. Aus diesem Grunde habe ich einen französischen Journalisten empfangen, den ich von früher her kannte. Dieses

Interview, das in Deutschland so großes Aufsehen erregte,

habe ich gegeben, um gegen die Ansicht anzukämpfen, daß Deutschland ein unwilliger Zahler sei. Dieses Urteil ist höchst ungerecht. Haben wir doch so große Werte, wie noch nie ein anderes Volk vorher, ohne Gegenwerte gegeben, und das wurde geleistet von einer niedergedrückten Wirtschaft nach fünf Kriegsjahren. Diese große Leistung hätte bessere Anerkennung verdient. (Sehr wahr!) Ich habe in dem Interview keinen Satz gesagt, den ich nicht schon früher im Reichstag geäußert habe. Das einzig Neue war der Satz, ich sei nicht gekommen ins Kabinett zu bleiben, wenn das Programm des Versailler Friedens nicht ausgeführt würde. Der Ausspruch hat sich nicht auf das gegenwärtige Kabinett bezogen, sondern auf ein etwaiges künftiges, das an die Stelle des gegenwärtigen treten könnte, in der Absicht, den Versailler Friedensvertrag nicht auszuführen. (Nachen rechts.)

Unter diesen Umständen blieb nur eine Nacht übrig, die stark genug war, um auch den nächstinteressierten Seiten eine Vermittlung anzubieten, ohne sich zu schweren Gefahren auszuweisen: Amerika! Ein unmittelbares Angebot Amerikas war ausgeschlossen, da formell zwischen Deutschland und Amerika noch der Kriegszustand bestand. Da hat sich uns eine andere Nacht an.

Diese dankenswerte Bereitschaft wurde schließlich gefördert und unfruchtbar gemacht durch Indiskretionen hier in Deutschland.

(Lebhaftes Hörl hörl rechts.) Zuerst waren es zwei Kritiker der „Germania“; andere Organe folgten ihr. Diese Artikel sind es gewesen, die einen ungünstigen Einfluß ausgeübt haben. (Erneutes Hörl hörl) Ich habe sofort prüfen lassen, ob in diesem Falle des Vertrauensbruchs nicht die Straffaktion wegen Landesverrats angebracht wäre (Lebhaftes Hörl hörl), habe aber bisher davon Abstand genommen, weil dadurch auch die Stelle kompromittiert worden wäre, deren Vermittlung durch diese Indiskretionen unwirksam gemacht worden ist. Ich werde diese Frage weiter verfolgen lassen, um festzustellen, daß man in Deutschland keine Politik mehr treiben kann, ohne daß eine Stelle vorhanden ist, die einem Knüttel zwischen die Räder wirft, wenn man eine Politik im Interesse des Landes treiben will.

Es bestand für uns die Gefahr schwerer Erschütterung nicht nur des Wirtschaftslebens, sondern auch des nationalen Zusammenhanges. Es ist mir verschiedentlich, auch in der Presse, als Freigabe angedeutet worden, daß die Reichsregierung sich einem Schiedsspruch des Präsidenten Harding unterwerfen wollte. Das war (mit erhobener Stimme) nicht Freigabe, das war ihre verdruckte Pflicht und Schuldigkeit. Und wenn ich eine Besorgnis gehabt habe, so war es nicht die Furcht vor den Sanktionen, sondern eine ganz andere Sorge. Während meines Schweizer Aufenthalts ist es mir so recht bemerkt geworden, wie vollkommen falsch eingestellt die öffentliche Meinung des Auslandes in allen Fragen der Reparationsleistungen war. Sogar wohlmeinende Kreise sind der Meinung, daß Deutschland das Recht gegen seine Verpflichtungen handele, daß es seine Verpflichtungen nicht halten würde, trotzdem es sie sehr gut halten könne. Deswegen war es unsere Pflicht, der Welt klar zu zeigen, daß

mir ohne jeden Vorbehalt bereit

wären, in vollem Umfange die Reparationen zu erfüllen. Gewiß war der Schritt ungewöhnlich; wir befanden uns aber auch in ungewöhnlicher Lage. Es handelt sich nicht mehr um eine Vermittlung, sondern um ein Schiedsgericht. Wir haben nicht die Männer angerufen, sondern das Prinzip der Gerechtigkeit selbst. Und das durften wir und ich besonders, weil wir dieses Prinzip auch schon vertreten haben, als wir noch die Note besaßen. Ist das eine niedrige und würdelose Verbiegung vor den Gegnern? (Zurufe rechts: Ja! — Stürmische Geanrufe: Nein!) Es ist nicht entwürdigend, wenn man solche Männer wie Harding onruft, es war auch kein Schiedsschritt. Wäre er gelungen — in meinen Augen wäre es ein Glück gewesen. Ein schiedsgerichtliches Urteil hätte doch Hinzuziehung der beiden Beteiligten bedungen. Meinen Sie (nach rechts) denn, wir ständen jetzt, nach der Zeit des Versailler Friedens, weniger einem Arbitrium gegenüber als dann, wenn wir es in die Hand eines Präsidenten Harding gelegt hätten? Jetzt müssen wir uns erst an die Gegner wieder heranstellen. Der Aba. Hörsch hat mir vorgeworfen, die Form des Schiedsspruches sei der Gipfel nationaler Würdelosigkeit. Ich bin vollkommen anderer Meinung. Ich habe die Form gewählt, wie sie das amerikanische juristische Empfinden kennt und wünscht. Um den Verdacht eines Schein-schrittes auszuschließen, habe ich des Anerbietens an den Präsidenten Harding verbunden mit einer Reparationsnote nach Paris. Das

demokratische Belgien verlangt keineswegs, daß vor jedem Schritte der Exekutive die Zustimmung des Parlaments eingeholt wird. (Widerspruch rechts. — Gegenrufe: Sehr wahr!) Gerade in schwerer Zeit müssen die Männer, die die Staatsgeschäfte führen, auch den Mut für die Verantwortung haben. Greifen sie fehl, dann mag man sie bestrafen. Wer Minister wird, der weiß, daß er ein umgehender wichtiger Amt übernimmt. (Sehr richtig!) Der Fehler liegt nicht darin, daß das Parlament nicht angefragt wurde, sondern es ist

#### ein Fehler im Urteil des Volkes.

das seinen Vertretern mehr Kräfte zugebracht hat, als sie besitzen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Die Note ist als Ganzes einstimmig von dem Kabinett festgestellt worden. Der erste Punkt enthält die größte Neuerung unserer Vorschläge gegen die früheren, das ist die Alternative zwischen der Festsetzung der Gesamtsumme und der Annuitäten. Wir haben jetzt die Annuitäten so ausgestaltet, daß sie nicht nur im Anleihenwege ablosbar sind, sondern daß auch Aufeinanderfolge und Höhe der einzelnen Annuitäten abhängig gemacht sind von der deutschen Leistungsfähigkeit, so daß wir nicht dem starren System gegenüberstanden, wie es die Alliierten in Paris vorgesehen hatten, das ja mit seinen 6 Milliarden Goldmark Annuität die deutsche Leistungsfähigkeit weit überstieg. Der jetztige Vorschlag ist meiner Ansicht nach einigermaßen erträglich; es ist

#### die berühmte Fiechtharmonika.

die sich, je nach der Verbesserung oder der Verschlechterung der deutschen Wirtschaft auseinander- oder zusammenzieht. Im allgemeinen haben wir aber eine Gesamtsumme festgesetzt, weil dadurch allein die Möglichkeit für einen weiteren Vorschlag gegeben war: dem nämlich auf Uebernahme von Schulden der Alliierten an Amerika. Wir wollten keine Gelegenheit verpassen, um der amerikanischen Regierung eine Möglichkeit für die Verständigung zu geben. Die Zahlungsverpflichtung, die wir hiermit übernehmen, können wir natürlich nicht sofort in einer Gesamtsumme realisieren. Um die notwendigsten Bedürfnisse unserer Gegner zu befriedigen, ist eine internationale Anleihe notwendig; und da kommen wir nun auf das Kapitel, das gestern auch der Abg. Dörmann hier ausgeführt hat: daß es tatsächlich im eigenen Interesse nicht nur der alliierten Nationen, sondern sämtlicher anderer Nationen, und zwar gerade der am Kriege beteiligten, daß hier endlich der Motor angekurzelt wird, der die festgefahrene Weltwirtschaft wieder in Gang bringt. Nur dadurch werden wir herauskommen aus der schleichenden, aber mehr und mehr akut werdenden Wirtschaftskrisis. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, haben wir uns ausdrücklich bereit erklärt, daß Deutschland durch Vergünstigungen weitestgehender Art, namentlich dahin, daß

#### das steuerliche Kapital wieder herangezogen

wird, die Grundlage für diese Anleihe geboten wird. Ob wir in der Lage sind, die Anleihe aufzunehmen, hängt ja naturgemäß ganz von der Lage des Weltmarktes ab und im Urteil darüber sind sich die Gelehrten, wie immer, noch sehr uneinig. (Heiterkeit.) In Deutschland ist man im allgemeinen pessimistisch. Die Schweiz dagegen ist überaus optimistisch, und auch in Holland ist die Auffassung weit besser als bei uns.

Jedenfalls müssen wir über diese Anleihe sowohl ihrer Höhe, wie der Zinsen und der Amortisationsquote nach verhandeln mit den Alliierten und dann mit den internationalen Geldgebern. Wenn die nicht einverstanden sind, nagt uns die Uebereinstimmung mit den Alliierten nichts. Es kommt außerordentlich darauf an, ob die Alliierten und Neutralen unser Angebot unterstützen oder sabotieren. Bei den größten Hoffnungen bleibt ein sehr bedeutender Rest sowohl bei den Annuitäten wie bei der Gesamtsumme, der durch die Anleihe nicht gedeckt wird. Unsere Vorschläge sind vielmehr eine politische als eine technische Leistung. Es wird darauf ankommen, außer den Ueberflüssen der deutschen Wirtschaft doch auch noch daran zu denken, etwas in die Substanz des deutschen Vermögens einzugreifen. Ich bin tief davon durchdrungen, wie ungeheuerlich nicht nur der Weltkrieg, sondern auch der Waffenstillstand und noch ihm auch der Frieden schon die deutsche Wirtschaft geschädigt haben. (Sehr richtig!) Nur der Rest des deutschen Volkvermögens steht uns noch zur Verfügung, aber

#### um uns von dem Versailler Frieden loszukaufen.

müde ich auch von diesem Rest noch etwas opfern. Wir haben eine ganze Reihe von Plänen ermogelt. Zunächst das Reichsbergische Projekt der Beteiligung des Auslandes an der deutschen Industrie. Abgesehen davon, daß dieses Projekt in der Form, in der

es vorgeschlagen worden ist, vollkommen phantastisch ist (Zustimmung), daß es Ziffern enthält, die weit über alle Wirklichkeit hinausgehen — abgesehen davon hat sich das Kabinett auch nicht entschließen können aus Gründen der wirtschaftlichen Selbständigkeit der deutschen Produktion, diesem Gedanken weiter nachzugehen. (Beifall.) Man hat dann ferner die Beteiligung unserer Gläubiger an der deutschen Wirtschaft erwogen, aber auch das ist wenig erfreulich, und man wird darüber noch eingehend sprechen müssen. Ich möchte annehmen, daß alle diese Fragen von sachkundiger Seite viel besser behandelt werden könnten, als wenn sie weiterhin nur von den Vertretern der Alliierten selbst in die Hand genommen werden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist mir von vornherein klar, daß das ungeheure Angebot nur verwirklicht werden kann, wenn wir neben dem Besserungsschein auch einen Verschlechterungsschein haben. (Sehr richtig!) Wenn die Gegner glauben, wir hätten uns unterschätzt, und wenn sie an einer Besserung unserer Wirtschaft interessiert sind, müssen wir die Möglichkeit haben, daß wir uns überschätzt haben, eine Revision der Verpflichtungen erwirken können. Auch darauf ist in der Note eingegangen. Die Reparationsfrage hat in Frankreich ein außerordentlich ernstes Gesicht angenommen; der Wille der französischen Regierung zum Wiederaufbau wird immer größer. Die Wit darüber, daß Deutschland noch nicht bereit ist, das Seinige für den Wiederaufbau zu tun, ist vollkommen unbedeutend. Wenn man sieht, daß die

Bilder der zerstörten Städte und Dörfer auf den Bahnhöfen plakatiert werden unter Hinweis auf die Saumseligkeit Deutschlands, dann begreift man, wie dringend für uns die Aufgabe ist, eine Abstellung dieser Zustände zu bewirken. (Sehr richtig! links.) Die Aufbautätigkeit wird nur dazu führen, die Gesamtschuld der Reparation herabzusetzen. Sachleistungen wollen wir zur Verfügung stellen, aber nicht auf dem bürokratischen Wege des Versailler Friedensvertrags, der sich als ungangbar erweist, sondern auf dem Wege rein kaufmännischer Methoden. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, daß Deutschland auf Grund des Art. 235 nichts mehr schuldet, sondern alle die Werte, die bis zum 1. Mai 1921 zu liefern waren, im Werte von 20 Milliarden Goldmark bereits geliefert hat. Die Reparationskommission hat uns ganze Kapitel in den Listen einfach gekürzt. Während die Gegner die zerstörten Schiffe mit außerordentlich hohen Preisen auf unsere Debestseite setzen, setzen sie auf die Kreditseite die Schiffe, die wir abgeliefert haben, zu einem Spottpreise. Zweifellos müssen die beiden Berechnungsarten miteinander ausgeglichen werden. So bitter schwer es uns auch wird, so bieten wir trotzdem Goldmark an, den kleineren Teil in Devisen und einen größeren Teil in Sachleistungen. Die Reparationskommission hat ohne Rücksicht auf die Rechtszustände jetzt die unmittelbare

#### Auslieferung des Goldbestandes

der Reichsbank an die Bank von Frankreich gefordert. Das Kabinett hat über die Antwortnote noch nicht beschlossen. Dieses Vorgehen bedeutet eine fundamentale Rechtsverletzung. (Sehr richtig!) Wir sind ferner bereit, die Schulden der Alliierten an Amerika zu übernehmen. Da jedoch die Alliierten kein Interesse daran haben, die Schulden an uns abzustufen, es ihnen vielmehr darauf ankommt, Geld von uns zu bekommen, glaube ich nicht, daß die Hoffnung auf Annahme dieses Vorschlages allzu groß ist. In Art. 9 bringen wir zum Ausdruck, daß in Zukunft sachverständige Gutachten entscheiden sollen. Die Frage der Garantien in Gestalt öffentlichen Eigentums muß mit den Alliierten besonders eingehend besprochen werden. Denn

#### die Generalklausel

Wir bedürfen hier weitgehenden Entgegenkommens. Neben diesen Vorschriften kann auch nicht wieder die ganze Masse von Bestimmungen über die einzelnen Reparationsbedingungen Geltung behalten. Auch davon müssen wir frei werden. Unter dem Druck immer neuer Sanktionen ist die deutsche Wirtschaft nicht aufrecht zu erhalten. Es wird immer schlimmer werden. Soweit über die Leistungsfähigkeit Deutschlands Meinungsverschiedenheiten bestehen, empfiehlt die deutsche Regierung ein Schiedsgericht aus Sachverständigen, dessen gutachtliche Entscheidung als bindend anerkannt werden soll.

Das sind die deutschen Vorschläge. Bezüglich der Aufnahme dieser Note durch Amerika gebe ich mich keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Trotzdem müssen wir die Hoffnung auf ein Fortkommen des Fadens aufrecht erhalten bis zuletzt. Denn es ist in der Tat wirklich nur die letzte Hoffnung, wenn Europa und damit die Welt nicht unausdenkbarem Elend entgegengehen sollen. (Sehr richtig.) Ich halte die ganze Aufgabe, wie sie von

der Pariser Konferenz und in Versailles gestellt worden ist, nicht für lösbar. Wenn eine Heilung der unendlichen Schäden des Weltkrieges versucht werden soll, dann kann das nicht dadurch geschehen, daß ein Volk die Schäden, die alle Völker erlitten haben, auf sich nimmt. Man hat in Brüssel versucht, eine andere Form der Heilung zu finden. Es ist bei theoretischen Erwägungen geblieben, weil das Finanzproblem nicht verbunden wurde mit dem Reparationsproblem. Wie Frankreich sich dem entschieden widersetzt. Man wird nur dann zu einer Lösung kommen, wenn die einzelnen Völker sich nicht mehr darum streiten, wer die Schuld am Kriege trägt, sondern, wenn sich alle davon überzeugen, daß jeder dazu beitragen muß, das Elend wieder gut zu machen. Jedes Volk, das im Besitze besonderer Reichthümer ist, sollte es sich zur Pflicht anrechnen, von diesen Reichthümern abzugeben, damit es zu einer Wiederherstellung kommt. Wie das gemacht werden kann, darüber können nicht die Alliierten allein bestimmen, sondern das muß von allen Völkern gemeinsam entschieden werden. Aber jetzt handelt es sich darum, daß die Alliierten erpicht sind auf den Gedanken, das deutsche Volk allein für alle Schäden haften zu lassen. Ich will nicht auf die Schuldfrage eingehen. Dr. Höplich hat mich gefragt, was die deutsche Regierung in dieser Hinsicht für Propaganda geleistet habe. In erster Linie hätte ich es für die Aufgabe des Auswärtigen Amtes, die Grundlagen für die historische Forschung vorzubereiten, von der allein das endgültige Urteil der Geschichte abhängt. Eine Propaganda der Art, die wir heute das Verkehrteste, was wir jetzt tun könnten. Die deutsche Regierung stellt jedem das Material zur Verfügung. (Zurück rechts: Hesus domit!) Das ist im Auswärtigen Amt geleistet worden, um die Sache in Schwung zu bringen. Se mehr ich davon rede, desto weniger nützt es. (Anrühliche Zustimmung rechts.) Ich halte mich daran, was Lord George im Dezember vorigen Jahres gesagt hat, als er erklärte, daß keiner der beteiligten Staatsmänner wirklich den teufelischen Plan gehabt habe, den Krieg zu entfesseln, sondern daß alle in den Krieg hineingetaumelt, hineinstolpernd seien. Darauf werde ich mein Augenmerk richten, daß ein neues Hinweggehen und Hinwegstolpern in eine kriegerische Entwicklung verhindert

wird. Das steht uns aber bevor, wenn diese Sanktionspolitik weiter fortgeführt wird! Das ist eine Politik der Gewalt. Es gibt aber für jede Gewalt Grenzen, wo kein Volk sie mehr ertragen kann. Es ist gefährlich, diesen Grenzen zu nahe zu kommen. Briand hat gesagt, da das deutsche Portemonnaie keine Zahlung leisten wolle, so wolle er es mit Gewalt aufmachen. Die deutsche Wirtschaft ist das deutsche Portemonnaie. Es ist eine Retorte, wo wertvolle Stoffe erzeugt werden. Wir kommt Briand vor wie ein Mann, der die Retorte zerbrechen will und dabei die kostbaren Stoffe verschüttet, statt zu warten, bis der chemische Prozeß sein Ende erreicht hat. Ich bin nicht optimistisch. Ich halte mein Vorgehen nach wie vor für richtig. Wirklich ist es, dann weiß alle Welt, daß wir nicht aus Bosheit nicht zahlen wollen, sondern daß es nur an der Unmöglichkeit liegt, zu einer Verständigung zu kommen. Sollten wir in neue Schwierigkeiten hineingeraten, so wird unser Volk auch das zu tragen wissen. Es wird über die Sanktionen hinweg und was nachher kommen sollte, festhalten an dem deutschen Geiste, der sich nicht unterkriegen läßt, diesem deutschen Geiste, der sich in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Ober- und Niederbayern, in der Ostsee, in der Ostmark und sich stolz zum Deutschtum bekant hat. (Beifall.) Sollte es doch geschehen, daß

#### wir für die Fremden stonden müssen,

daß wir einen Rückfall in uralte Kampfmittel erleben, wenn die Franzosen die Arbeiter des Ruhrgebietes zu jahrelangen Fronddiensten zwingen, sollte das der Fall sein, dann wird auch für uns das kommen, was einst gesagt worden ist: Und wenn wir 40 Jahre durch die Wüste hindurch müssen, wir werden doch einmal in das gelobte Land der Freiheit kommen! (Beifall in der Mitte.)

Präsident Lohé teil mit, daß von zwei Fraktionen Vertagung beantragt worden ist.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir haben an sich nichts gegen eine sofortige Debatte einzumenden. Da aber zwei Fraktionen des Hauses glauben, sich erst in Sitzungen über ihre Stellung schlußfertig zu machen, wollen wir dem Vertagungsantrag nicht widersprechen.

Die Abgg. Ledebour (U. Soz.) und Borch (Komm.) widersprechen.

Die Vertagung wird beschlossen. Mittwoch, 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß: 5 Uhr.

## Die erste Weltumsegelung.

Zu Magalhães' 400. Todestag am 27. April.

Von Dr. Hans Rohden.

Das muß von 400 Jahren schon eher eine große Zeit gewesen sein; denn sie brachte Umwälzungen, deren Auswirkungen wir heute erst erleben. Die Welterschließung Roms über das geistliche Leben ward erschüttert und gestürzt, sie konnte der Wissenschaft keine Fesseln mehr anlegen. Aber auch die weltliche Macht bekam einen neuen Stoß. Luther schlug seine 95 Thesen an. Der von der Kirche verlangte unbedingte Gehorsam war gebrochen und es trat eine gewisse Freiheit des Denkens in religiösen und sittlichen Fragen ein.

Des Kopernikus Behauptung, daß die Sonne im Mittelpunkt stehe und die Erde mit der andern Planeten um sie kreise, wurde zwar nur als Hypothese ausgegeben, um der Kirche keinen allzu großen Schmerz zuzufügen. Aber Kopernikus selbst vertrat seine Entdeckung mit solch mathematischer Schärfe, daß sie nicht mehr wegdisputiert werden konnte. Obwohl dem Papste ungeeignet, wurde sein Werk ein Jahrhundert später auch in der Unterwelt und erst im 18. Jahrhundert freigegeben. Das Universalgenie Leonardo da Vinci begründete die Anatomie und magte es als erster, den Leib des Menschen zu zer schneiden und in das Innere zu sehen und es zu studieren. Und Christoph Columbus legte mit seiner Entdeckung Amerikas den Keim zu einer der gewaltigsten Umwälzungen, die wir in der Geschichte zu verzeichnen haben.

Einen Gütertausch über See hat es freilich schon im Altertum gegeben und der Kampf um den Seehandel und die Handelsplätze hat, wie auch heute, die blutigsten Opfer gekostet. Was alle Kriegshandlungen und alle gewalttätigen Bedrückungen nicht vermocht hatten, den alten Handelsvölkern den Weltmarkt zu entreißen, das vermochte allein die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien — eine Weltrevolution von ungeheurer Wirkung. Blühende Reiche verarmten, stolze Völkerschaften verarmten und zählten noch heute von ihrem einstigen Ruhm.

Columbus, in der Abfahrt, einen Seeweg nach Ostindien zu finden, und von den mächtigsten Reichthümern dieses Landes heimgeholt, steuerte westwärts und schuf mit seinem kühnen Unternehmen den Anlaß für das spanische Weltreich. Was Columbus vorschwebte, das sollte erst einer Flotte gelingen, die 1519 unter dem Portugiesen Fernando de Magalhães mit fünf Schiffen und 230 Mann auszog. Am 12. Januar 1520 erreichte dieses Unternehmen die Mündung des Sta. Peter. Wie Columbus hatte auch er Schwierigkeiten mit den Mannschaften zu überleben, zog um Südamerika herum durch die nach ihm benannte Meerestraße, durchquerte seinen Stillen Ozean und gelangte zu den Philippinen. Damit hatte er das kühne Wagnis vollbracht, zu Schiff die Erde zu umfahren, und er hätte es vollendet, wäre er nicht in einem Kampfe mit den Bewohnern der Insel Matan gefallen. Ohne dies tragische Geschick trüge er mit Recht den Namen des ersten Weltumsegelers. Doch gebührt ihm die Ehre, ein Unternehmen begonnen und entscheidend durchgeführt zu haben, das an Kühnheit bisher ohne Gleichen war, und seine Entschlußkraft und sein Wagemut waren es allein, die seine Idee durch das von ihm gegebene Beispiel auch vollendeten. Es eignete sich Sebastian bei

Cano den Ruhm an, da er mit dem letzten der fünf Schiffe fast genau drei Jahre nach der Ausfahrt im gleichen Heimathafen wieder eintraf.

Hatte die Entdeckungsfahrt auch drei Jahre gebraucht — für heutige Begriffe eine lange Dauer für eine Fahrt um die Erde — der Grund war gelegt für das spanische Weltreich, der Untergang der alten Handelsvölker war besiegelt. Der Verkehrsweg zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean war gefunden worden. Und wenn früher auch die Fahrt durch die Magalhãesstraße wegen der heftigen Westwinde ausgegeben und der größeren Sicherheit wegen der Umweg über Kap Hoorn gewählt wurde, so wurde doch mit Aufnahme der Dampfschiffahrt wieder der Weg durch die Magalhãesstraße gewählt und der Plan des Christoph Columbus wurde erst durch das weitere Unternehmen des Magalhães durchgeführt. Wir wollen das Verdienst des einen nicht zugunsten des andern schmälern, nur soll am 400. Todestag seines tragischen Endes dieser wagemutige Entdecker und Weltumsegler nicht vergessen sein und nach Gebühr gewürdigt werden. Was gekommen war, das wäre früher oder später auch ohne sie erreicht worden. Auch ohne Columbus und Magalhães wäre Amerika und das Reich nicht das große Unbekannte geblieben. Der ewig vorwärtstrebende Menschengeist gibt sich nicht zufrieden, und unsere wirtschaftliche Entwicklung, wie der Strom der abenteuerlustigen Auswanderer hätte schon wie Hans Dampf seinen Weg ins Freie gefunden.

**Sudermanns Stück im Staatstheater.** Eine interessante Streitfrage hatte das Bühnenschiedsgericht Leopold Jessner (und bei Antritt seine. Amtes als Intendant des Schauspielhauses eine Menge von Verträgen über die Ausführung von Stücken vor, die seine Vorgänger abgeschlossen hatten. Da er mit einem eigenen künstlerischen Programm kam und dementsprechend Repertoire und Darstellung umgestaltete, schienen ihm viele von diesen Stücken nicht mehr in sein Haus zu passen. Darunter war auch Sudermanns „Stück im Winkel“. Der Statthalter des Kaisers, Graf Hülsen, hatte noch zu guter Letzt Sudermann entdeckt. Jessner aber hatte das Gefühl, daß diese Entdeckung 10 bis 20 Jahre zu spät käme und lehnte die Ausführung des Stückes ab mit der Begründung, es könne dabei nur ein Durchfall herauskommen.

Demgegenüber hatte Sudermann auf Erfüllung seines Schөлnes und bestriet, daß im Schauspielhaus sich für keine Stücke kein Publikum finden würde. Die künstlerisch bedeutsamen Debatten, die hierüber weiter zwischen Sudermann und Jessner gepflogen wurden, mußten wir leider übergehen, sie entbehrten nicht einer dramatischen Zuspitzung.

Das Schiedsgericht kam zu der Entscheidung, Sudermanns „Stück im Winkel“ bis zum 31. Dezember 1922 aufzuführen, sowie ihm eine Konventionsstrafe von 1000 M. und ein Schadenersatz von 1000 M. auszusprechen sei.

Ein ähnliches Urteil wurde auch für Aufführung von Moritz Heymanns Drama „Joachim von Brand“ ausgesprochen. Mit einer Reihe längerer Dramatiker war eine Verständigung zwischen den Parteien erzielt worden. Jessner wird also das Ende seiner Vorgänger weiter anzutreten haben. Nach gewissen Proben, die er schon aufgeführt hat, kann man vollkommen verstehen, daß er von dieser Erbschaft befreit werden möchte!

Die Staatsbibliothek an Ihre Benutzer. Auf eine Reihe von größtenteils berechtigten Beschwerden, die der Staatsbibliothek unterbreitet wurden, antwortet die Generalverwaltung: Daß die gebräuchtesten Bücher der Bibliothek schwer zu haben sind, ist ein bei der starken Benutzung (täglich 1500—2000, bisweilen noch mehr Besichtigungen) unvermeidbarer Uebelstand. Auch bei den Vorbestellungen ist die Konkurrenz so groß, daß vielfach lange Zeit vergeht, ehe der Besteller das gewünschte Werk erhält.

Die teuren unrankeiten Benachrichtigungen der Buchbesteller vom Eingang des für sie reservierten Buches hofft die Verwaltung sehr, nach erfolgreichen Verhandlungen mit der Postverwaltung durch als Drucklochen frankierte Karten ersetzen zu können.

Die weiteren Forderungen, wie Anschaffung von mehreren Exemplaren von viel gebrauchten Werken, Aufstellung der wichtigsten Rezensionen im Lesesaal, besondere Berücksichtigung dringender Bestellungen werden seit jeher beachtet, soweit die Zwecke der Bibliothek und ihre Mittel es erlauben. In eine allgemeine Durchführung kann einstweilen nicht gedacht werden. Die verlangte Freigabe der Unterhaltungsliteratur ohne den bisher verlangten Nachweis, daß die betreffenden Bücher für einen wissenschaftlichen Zweck angefordert werden, würde in kurzer Zeit die Folge haben, daß die beliebtesten Werke dieser Gattung der Vernichtung anheimfallen würden und fortlaufend durch neue Exemplare ersetzt werden müßten.

**Gastspiel Bogun.** In der laufenden Woche tritt Maria Tsochen in der Staatsoper am Breiten als Jerbineta in „Ariadne auf Naxos“, am Montag als Nina in „Bohème“ auf.

**Die „Große Volksober Berlin“** bietet, um fortgesetzten Vermehrungen entgegenzutreten, darauf hinzuwirken, daß die „Fiedermittel“-Aufführungen im Volksopertheater nicht von ihr ausgingen, sondern nur die D. O. - Aufführungen dieses Theaters.

**Ein neuer Beutel im Kronprinzenpalais.** In dem Räume, der die Gemälde des G. A. Richter und Erik Axel de Witte, sind jetzt ein neu erworbenes Bildnis Kellers seinen Platz. Das 1919 entstandene, höchst ausdrucksvolle Bild zeigt einen schwärzbärtigen Mann mit starkem, durchgeistigtem Kopf vor kleiner Hinterwand.

**Die Berliner Jahresausstellung für Photographie** veranstaltet die große Reichs- und Berliner Amateur- und Fachphotographenvereine vom 2. bis 31. Oktober im Kunstgewerbemuseum. Zweck der Ausstellung ist, die künstlerische Photographie zu heben. Die Ausstellung soll ein Gesamtbild der Berliner Photographie geben.

**Ein Jugendwerk Menckels.** Graf Sachwalder-Breslau hat ein höchst interessantes Jugendwerk „Abel Menckel“ entworfen. Es ist ein nach dem Leben gezeichnetes Porträtbildnis des Breslauer Schriftstellers Johannes Menckel, das der Künstler 18- oder 14-jährig angefertigt haben muß.

**Die Studentenhilfe.** An der Kunsttagungsgemeinschaft über an der studentischen Hilfsvereine interessierten Organisationen hat eine Deputation über die Studentenfrage tagungsgelungen. Man will versuchen, den Studierenden eine Auerkennungsfähigkeit an Banken zu gewährleisten. Studentinnen ein Unterkommen im Haushalt zu ermöglichen und allgemeine billige Kurse in Stenographie, Schreibmaschine und Buchführung zu vermitteln.

**Ein Freilicht-Theater für 10 000 Personen.** In Reichensberg (Böhmen) werden Freilicht-Theater im Witzau Tal erbaut. Das Reichensberger Freilicht-Theater ist das größte auf dem Kontinent. Es hat 10 000 Personen (Sitzplätze).

**Einheim in England.** Der „Times“ zufolge hat Professor Einstein eine Einladung des Kings College in London angenommen, eine Vorlesung vor dem College nach seiner Rückkehr aus Amerika Anfang Mai zu halten.

# Die Lebensmittelversorgung.

## Seize gegen die Zwangswirtschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine große Debatte über die Lebensmittelversorgung der Stadt. Mehrere Anträge der bürgerlichen Parteien mußten ihnen als Vorwand dienen, sich ihren alten Verdruß über die in der Kriegszeit nötig gewesene und zum Teil noch nötige Zwangswirtschaft vom Herzen zu reden. Besonders der deutschnationale Pfarrer Koch tat sich in heftigen Angriffen hervor, aber der Magistratsvertreter, Stadtrat Wuytzy blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Für völlig unwahr erklärte er Kochs Behauptung, daß die Lebensmittelbeschaffung einer kleinen Gruppe bevorzugter Lieferanten übertragen worden sei. Wuytzy wies darauf hin, daß in den Zeiten drohender Lebensmittelknappheit die Stadt, unbekümmert um Preise und etwaige Verluste, zur Versorgung für die Bevölkerung sich habe eindecken müssen. Ein boshafter Zwischenrufer schaltete ein: „Koch war eingedeckt!“ Nach vierstündiger Debatte wurden sämtliche Anträge einem Ausschuss überwiesen.

### Sitzungsbericht.

Die Uebernahme des Kreistrankenhauses Reindendorf auf die Stadtgemeinde Berlin wird beschlossen. Im übrigen stehen auf der Tagesordnung der heutigen außerordentlichen Sitzung lediglich Anträge und Anfragen.

Zu dem Antrage der Kommunisten auf sofortige Zurücknahme der

### Rücknahme des Betriebsrats Söll

hatten die Sozialdemokraten am vorigen Donnerstag den Zusatzantrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, für die Unterstützung der Hinterbliebenen des Toten Sorge zu tragen. — Heute wird dieser Antrag ohne Erörterung an einen Ausschuss überwiesen.

Zur Beratung gelangt zunächst der am 24. Februar von den Deutschnationalen Koch, Dr. Steiniger und Genossen gestellte Dringlichkeitsantrag, einen Ausschuss von 15 Mitgliedern einzusetzen, der die gesamte

### Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes

Groß-Berlin unter Hinzuziehung einer Treuhändergesellschaft prüft. In einstündiger Rede läßt Koch die „Milchwirtschaft“ des Lebensmittelverbandes Revue passieren. Er erinnert an das Vermutliche Datum, daß der Verband bei 4 Milliarden Umsatz nur 12 Millionen Verlust gehabt habe, stellt diesen Ziffern die Behauptung gegenüber, daß im Winterhalbjahr 1920/21 allein an Hülsenfrüchten ein Verlust von über 100 Millionen entstanden sei, um mit der Erklärung zu schließen, daß die Geschichte dieses Verbandes das „Wäße Fiasko“ der Idee der Sozialisierung auf dem Gebiete der Lebensmittel beweise und daß das Ergebnis der beantragten Prüfung auch den Sozialismus ad absurdum führen werde.

Müller-Franken (Wirtsch. Bgg.) begründet hierauf den Antrag seiner Gruppe, die Mißstände in der Milchlieferung, insbesondere die häufige Verzögerung der Lieferung zu beseitigen. Er sieht den einzigen Weg dazu in der Freigabe der Milch.

Rerten (Dem.) erklärt die Zustimmung zum Antrag Koch, ohne sich die Begründung zu eigen zu machen, und legt gegen die antisemitische Tendenz

dieser Begründung Verwahrung ein. Sodann empfiehlt er den demokratischen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Kontrolle über die Geschäftsführung der Feststelle und des Milchamts der Stadt sowie zur Beseitigung der Zwangswirtschaft und zur Ueberführung der Milchversorgung in den freien Handel unter Beteiligung der Milchhändler, Pächter und Molkereibesitzer. An der Preisbildung für die Milch läßt der Redner scharfe Kritik. Beinahe 50 Pf. vom Literpreise seien erforderlich, um das Milchamt zu erhalten. Das sei unverantwortlich.

Am 13. April haben Lüdicke u. Gen. (Dnat.) angefragt, warum der Magistrat die Lieferung von Futterhaffer an die gewerblichen Futtermittelhersteller und Pferdehalter eingestellt hat, und ob und wann wieder eine Verteilung erfolgen kann.

Dr. Kaufhold (Dnat.) bedauert, daß diese Lebensmittelbeschaffung zwei Monate zu spät kommt. — Die Stillierung der Lieferung von Futterhaffer habe die Pferdehalter usw. direkt dem Schleichhandel ausgeliefert. Mit der gesamten kommunalen Lebensmittelpolitik müsse radikal ausgedünnt werden. Vom Magistratsrat wird die deutschnationale Anfrage dahin beantwortet, daß für Mai Haffer wieder geliefert werden wird.

Stadtrat Wuytzy: Die von Koch geübte Kritik hätte früher einlegen müssen und gehörte an eine andere Stelle. Die

### Lebensmittelpolitik, die die Kriegszeit erzwingt,

ist damals nicht kritisiert worden. Damals kam es darauf an, durch das Kriegsende überhaupt hindurchzukommen. Welchen Zweck kann jetzt eine solche Durchbesetzung haben? Der Magistrat hat nicht das geringste gegen die Kochprüfung; er hat sie längst beschlossen. In Uebereinstimmung mit den Demokraten halten wir die Zuziehung einer Treuhändergesellschaft für überflüssig; diese Prüfung wird eine der ersten Aufgaben der Stadtrechnungskammer sein, ihr Ergebnis wird der demagogischen Ausschussschaltung der Motive ein Ende machen. (Lebhafte Zustimmung links.) — Auch die Stadt Berlin habe im Interesse der Bevölkerung

### Verforgungspolitik

treiben müssen; einstimmig habe die damalige Ernährungsdeputation und der damalige Magistrat den Beschluß wegen Ankaufs der Hülsenfrüchte gefaßt, damit die Bevölkerung im Frühjahr 1920 nicht am Hungertode nahe. (Zwischenruf bei den Komm.: Koch war eingedeckt!) Kein Wort davon ist wahr, daß der Einkauf einem Konzern übertragen war; beim Einkauf waren 30, beim Verkauf 78 Firmen beteiligt. — Es sei charakteristisch, daß Herr Rerten der Autorität seines Parteigenossen Prof. Schiohmann so scharf gegenüberstehe. Von Ueberführung der

### Milchversorgung in den freien Handel

könnte nach den Feststellungen des Medizinikamts der Stadt Berlin keine Rede sein. (Widerpruch und Unwillensäußerungen auf der Zuhörertribüne.) Das Milchamt werde wieder verschwinden, aber das geht nicht im Handumdrehen; die Erregung über die Emulsionsmilch von Bolle sei künstlich erzeugt worden.

Hierauf legt die eigentliche Debatte über die vier Gegenstände ein.

o Egnern (D. Sp.): Die Entwicklung drängt gebieterisch auf die Freigabe. Trotz der hohen Preise wird seit der Freigabe des Fleisches viel mehr Fleisch konsumiert. Auch die Milchversorgung muß allmählich freigegeben werden. — Dr. Herz (U. Soz.) erkennt in der Gesamtheit der Anträge die Tendenz, der Idee der Sozialisierung wieder einmal ein Bein zu stellen. Die verhängnisvolle Wirkung der

### Freigabe des Fleisches

sei die schwere Erschütterung der gesamten Milchwirtschaft. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch müsse für die Städte eine Katastrophe heraufbeschwören. Der Preis von 3 M. für den Liter sei schon jetzt für zahlreiche Familien unerschwinglich; eine weitere Erhöhung könne die Bevölkerung nicht mehr tragen, und so würden für die Uebergepanselt, die die Ernährungsminister in Aussicht nehmen, wieder die Kommunen die Leidtrögen sein. In diese Rechnung sei trübsellich. Dem Antrage der Deutschnationalen stimme die USPD zu, lehne aber die Mitwirkung einer Treuhändergesellschaft ab.

Hierauf nimmt die Versammlung nach 1/10 Uhr einen Schlußantrag an. Für den Antrag der Demokraten nimmt Dove das Schwort; er zieht den zweiten Teil des Antrages zurück. — Koch: Den auf die Treuhändergesellschaft bezüglichen Teil unseres Antrages habe ich schon vor der Rede von Herz auf dem Bureau zurückgezogen. In dieser Form wird der Antrag Koch angenommen; der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Antrag der Demokraten neben an den gleichen Ausschuss. Schluß nach 1/10 Uhr.

### Städtische Zentralfstelle für Lehrmittel.

Mit wichtigen schulorganisatorischen Fragen beschäftigte sich der Stadtverordneten Ausschuss, der zur Vorberatung des Ende v. S. eingebrachten kommunistischen Antrages auf unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln und auf Errichtung einer Zentralfstelle zur Beschaffung und Verteilung der Lehr- und Lehrmittel für sämtliche Berliner Schulen eingesetzt worden war. Der Ausschuss, der den Stadtk. Rektor Troll zum Vorsitzenden wählte und an dessen Verhandlungen Stadtschulrat Paulsen teilnahm, setzte den Beschluß über die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel aus, ging aber desto gründlicher auf die Errichtung einer Zentralfstelle zur Beschaffung und Verteilung von Lehr- und Lehrmitteln ein. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach „eine Beschränkung der Wahlfreiheit der einzelnen Schulen bei Bestellung der Lehrmittel nicht beachtlich ist“, und dem kommunistischen Antrag auf Errichtung einer Zentralfstelle nur bezüglich der Lehrmittel (Rohmaterialien, Maschinen usw.) zugestimmt; die Ausdehnung der Zentralfstelle auf die Beschaffung und Verteilung von Lehrmitteln wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, wonach die Schuldeputation bis zum 1. Juli geeignete Vorschläge zur Durchführung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung unterbreiten soll.

### Der Riesenbrand bei Tieg.

#### Ein jugendlicher Brandstifter.

Der 16jährige Sekerlehrling Waldemar Krüger hatte sich gestern wegen Diebstahls und jahrelängiger Brandstiftung vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

In der Nacht zum 1. Februar brach im Warenhause Tieg am Alexanderplatz ein großes Feuer aus. Als die Arbeiter der Feuerwehre im vollen Gange waren und die Wachmannschaften der Firma Tieg die Ausgänge besetzten, nahmen sie den Angeklagten fest, der in verächtlicher Weise aus dem Innern des Geschäftsraumes in das Freie hinausdrängte. Wie nun festgestellt wurde, hatte er seiner Mutter in Stettin 250 M. gestohlen, war nach Berlin emigriert und hatte das Geld in wenigen Tagen vergeudet. Er sah dann den Plan, sich bei Tieg einschleichen zu lassen und dort möglichst viel zu stehlen. Er verbarg sich zunächst in einem Möbelkoffer unter einem Schreibtisch, und als das Geschäft geschlossen war, drang er zunächst in die Nahrungsmittelabteilung ein, wo er seinen Hunger stillte, dann in die Goldwaren- und andere Abteilungen, aus denen er zahlreiche, sehr wertvolle Gegenstände in einen aus der Federabteilung gestohlenen Koffer packte. Als er sich in der Konfektionsabteilung neu eingekleidet hatte, war es stockdunkel geworden und er entzündete, um den Weg finden zu können, Streichhölzer, die er achillos fortwarf. So entstand in der Gardinenabteilung ein Brand, der mit großer Schnelligkeit um sich griff und einen Sachschaden von etwa 2 Millionen Mark anrichtete.

Der Angeklagte, dem von seiner Mutter das beste Zeugnis ausgestellt wurde, erhielt 10 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft. Er wurde aus der Haft entlassen und seiner Mutter übergeben.

### Die heimliche Spiritusfabrik.

Eine große heimliche Spiritusbrennerei wurde in der Königsberger Straße ausgehoben. Beamte der Dienststelle BJ 12 haben in der Weizenanfrage einen Wagen, der mehrere Fässer Spiritus abgab. Sie schöpften Verdacht, gingen den Spuren nach und stellten fest, daß der Wagen von dem Grundstück Königsberger Str. 8 kam. Hier fanden sie in den Räumen des Futterhändlers Dinae eine Brennerei größerer Stiles. Sie enthielt zwei Kessel, die bis zu tausend Liter fassen. Dinae behauptet, daß er die Räume an einen Galizier verpachtet habe, der die Brennerei einrichtete. Sonstbar ist nur, daß der Galizier gerade jetzt seit Sonntag verschwunden sein soll. Fässer mit ungefähr 800 Liter Spiritus und die abmontierten Kessel wurden beschlagnahmt.

### Die Höllemaschine auf der Gepäckverwahrung.

Auf der Verwahrungsstelle des Potsdamer Bahnhofs erlebten, wie wir vor vier Wochen mitteilten, zwei Pakete in Brand, deren Inhalt völlig wertlos war. Man glaubte, daß es sich um einen politischen Anschlag handelte. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß die Pakete mit 4000 und 1000 M. versichert waren. Es liegt also ein verheerender Versicherungsbeitrag vor. Die Täter gehören wahr-

## Stine Menschenkind.

### III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Am nächsten Morgen erwachte Stine davon, daß jemand sie an der Nase zog. Bervirrt schlug sie die Augen auf: Christian und Paul lagen übers Bett gebeugt und starrten ihr schelmisch ins Gesicht. Schwester Else stand mit Kaffee daneben. „Du sollst den Kaffee im Bett triegen!“ riefen sie, über ihren verdorrten Ausdruck herzlich lachend. An solch ein Erwachen war sie sicher nicht gewöhnt.

Es war gar nicht mehr so früh am Morgen, — das konnte sie an der Sonne sehen. Die kleinen Schelme hatten gestern verabredet, daß sie lange schlafen sollte, und sich aus den Federn geschlichen, ohne daß sie es merkte. „Ihr seid mir die Richtigen!“ sagte sie und setzte sich aufrecht. „Ich wollt' doch früh aufstehn und das Haus in Ordnung bringen.“ „Aber das ist ja in Ordnung!“ riefen sie, höchst beunruhigt darüber, daß sie es verstanden hatten, Stine so anzuführen. Während Stine sich ankleidete, mußte sie ihnen vom Hof erzählen, von dem Vieh, dem Kater, der ganz so aussah wie Pers, von dem ältlichen Tagesdöhrner mit dem Kautabakmunde und den schwarzen Pferdebacken. „Und er ist so kühnhaftig,“ sagte Stine. „Er läßt einen beinahe nicht in Frieden.“

„Puh, so ein widerstlicher Kerl!“ Christian mußte ans offene Fenster gehen, um auszuspucken. Dabei entdeckte er die Boote draußen auf der See. „Bater kommt!“ rief er und kaufte mit einem Freudengeheul davon, — durch die Röhrenläufe und die Düne hinab. Auch die beiden andern bekamen es mit der Güte. Aber Paul, der immer alles nachmachte, was Christian tat, mußte erst ans Fenster, um gleichfalls hinauszuspucken. Er mußte auf die Bank klettern, um so hoch hinaufzureichen, — und doch bekam er es wieder zurück. Und dann mußte Stine ihn natürlich erst wieder obtröcknen. Das alles hielt auf. Endlich war er draußen und trabte spornstreichs zum Hasen hin. Stine konnte ihm vom Fenster aus mit den Augen folgen. Alle Augenblicke purzelte er hin, so eilig hatte er's. Wie drollig der kleine Dicksack doch immer war!

Auch Stine wollte an den Strand hinunter, aber da klopfte es an die Wand. Es war die Mutter Doron. Stine ging zu ihr hinein. „Ich hab' wohl gehört, daß du gekommen warst,“ stöhnte sie. „Ich hab' deine Stimme erkannt.“ Sie

hustete leise bei jedem Wort, und der Schleim brodelte in ihr. Es war, wie wenn ein Topf mit Kartoffeln kocht. Sie lag in einem fürchterlichen Zustande; Stine versuchte, unter ihrem Kopf die Kissen etwas zurechtzuliegen, sie fühlten sich wie klammes Wachsstück an.

„Ja, hier liegt man und verfaßt und kann doch nicht sterben,“ klagte sie. „Niemand nimmt sich meiner an, und niemandem kann man was nützen. Der Sohn ist auf dem Meere und kommt nie nach Hause, und seine Frau treibt sich bloß rum. Nun erwartest sie wieder, wird gefragt, — ich hab' ja zu schlechte Augen, um es zu sehen. Und es ist auch gleich, — wenn man nur bald sterben könnte! Wenn der Bornundhinten-Jakob nicht wäre, würde man daliegen und ganz umkommen; er ist der einzige, der sich um einen kümmert. Komm hierher, so will ich dir was anvertrauen, aber du darfst es keinem Menschen gegenüber erwähnen. Jakob ist dabei, das Wort zu finden, — eines Tages schießt er den Menschenfresser tot.“

„Wenn's nur wahr wäre,“ sagte Stine, „dann beläme die Welt Ruhe vor ihm.“

„Ja, nicht wahr! Aber sag es niemandem, sonst kann es leicht vereitelt werden.“

„Soll ich nicht ein bißchen aufmachen?“ Stine erstickte beinahe in dem Gestank.

„Rein, nein!“ Die Alte bekam bei dem bloßen Gedanken einen Hustenanfall.

Stine sah sich hilflos um; sie hätte so gerne geholfen, aber hier war kein Anfang und kein Ende zu finden. „Laß du bloß alles so, wie es ist,“ sagte die Alte. „Man hat sich zu mal eingelebt, und es poßt einem so am besten.“ Es wurde Stine beinahe übel hier drinnen, aber einfach wegzugehn und die Alte so liegen zu lassen, das brachte sie nicht übers Herz. Sie war nicht gerissen genug, sich um etwas herumzudrücken. Aber da hörte sie den Vater draußen im Licht nach ihr rufen.

„Ja, du kriegst keine Luft dadrinnen,“ sagte er. „Unser eins, der an allerlei gewöhnt ist, wird sekrank, wenn man bloß den Kopf zur Tür hineinsteckt. Aber da ist nichts zu machen. Ab und zu wird ja da drinnen reingemacht, aber es ist immer gleich wieder die alte Geschichte. Eigentlich müßte sie ins Krankenhaus, der Krugwirt will's bloß nicht zulassen. Er hat wohl Angst, daß es bekannt wird, wie man sie hier hat vertommen lassen. Sie hat sich große Löcher gelesen vor Schmutz und Ungeziefer, und ihre Schenkel sollen ganz zusammengewachsen sein.“

„Wo sind die Zwillinge?“ fragte Stine.

„Ja, das eine ist neulich im Hasen ins Wasser gefallen und ertranken. Die Mutter lag gerade unten am Badeplatz

und spülte Wäsche, und dicht neben ihr ist es passiert. Aber sie merkte nichts und ging nach Hause in dem Glauben, daß sie kein Kind bei sich gehabt hatte, denn so war sie ja, — die Schlumpe. Man hat es nachher unter einem Brahm gefunden. Und das andere Kind haben wir dann vorläufig einer Familie drüben landeinwärts übergeben.“

„Aber warum will denn der Krugwirt ihnen nicht helfen?“

„Ach, er haßt sie wohl, weil der Sohn auf See gegangen ist, statt hier im Dorf zu arbeiten.“

Aber heute war also Sonntag. Das sah man an allem. Die Sonne legte einen eigentümlich festlichen Glanz über Dünen, Hasen und Wasser, die Hütten glüherten im stillen Sonnenschein. Die Reststangen stonden und ragten in die blaue Luft hinein, wie Bürsche, die Sonntag feiern, die Hände in der Tasche. Ein solcher Tag forderte etwas richtig Festliches von einem: einen Ausflug! Lars Peter verzichtete auf seinen Schlaf. „Ach was, — einmal mehr oder weniger geschlafen!“ antwortete er vergnügt auf Stines Bedenken. „Als man jung war, da hat man ja so manche Nacht durchwacht. Und auschlafen kann man noch genug in der Ewigkeit.“

Ein Ausflug nach dem Urreef mußte viel Spaß machen, bei der Gelegenheit bekam man dann auch das „Eisernest“ zu sehn, — da war so vieles, was einen lockte. Lars Peter war sehr dafür, die Kinder dagegen wollten lieber an einen Ort, wo sie noch nie gewesen waren. In einem Fischerdorf ein paar Meilen südsich sollte ein Molenfest stattfinden, — zum Besten des Hafens!

Lars Peter griff den Gedanken sofort auf, vielleicht bot sich dort Gelegenheit, sich nach etwas anderm umzusehen, — die Geschichte hier hatte er herzlich satt. „Dann kriegen wir auch die Sommerfischer zu sehn,“ sagte er aufgeräumt. „Es sollen so viele davon da sein, daß die Fischer ihnen ihre Hütten überlassen und selber in die Schuppen und Schweinefalle ziehen müssen. Eine komische Sippkaste muß es sein. Den Fisch essen sie mit zwei Gabeln, wird erzählt; frühstücken tun sie, wenn wir zu Mittag essen, und Mittag essen sie, wenn wir unsere Abendmahlzeit haben. Ihr Abendbrot wird dann wohl eingenommen, wenn wir unseren Morgenkaffee trinken!“ Die Kinder lachten; sie fanden das zu trüch. „Ja, und dann arbeiten sie gar nicht, sondern haben Viebschaften mit den Frauen der anderen. Das gehört offenbar dazu, denn deswegen bleiben sie doch gute Freunde. Und im Wege sind sie einem dauernd. Die Fischer sind nicht alle besonders begieffert, aber es kommt ja Geld dadurch ein.“ Das klang alles vielversprechend.

(Fortf. folgt.)







## Die vereitelte Friedensvermittlung.

Scheidemann über die Friedensaktion von 1917.

Der gerade jetzt unerhört sich geltend machende Druck der Entente auf Deutschland läßt immer wieder die Frage nach werden: Mühte es dahin kommen, hätte der Krieg nicht vor dem völligen Zusammenbruch Deutschlands beendet werden können?

Bekanntlich liefen im Jahre 1917 eine Anzahl Friedensvermittlungen. Die Sozialdemokratie bemühte sich um den Frieden, aber die für Juni 1917 geplante Stockholmer Konferenz scheiterte. Danach war es der Papst, der die Friedensbemühungen aufnahm, aus achtenswerten Motiven, wenn auch ein gewisses Bedürfnis mitgeteilt hat, die Sozialdemokratie nicht als die einzige friedensfördernde Macht erscheinen zu lassen. Aber jedenfalls waren die päpstlichen Friedensbemühungen durchaus ehrlich gemeint. Auch sie scheiterten zum großen Teil an der Schuld der wilhelminischen Diplomatie, die zwar die Deffektivität glauben machen wollte, daß sie die päpstliche Friedensbemühung unterstützte, sie aber in Wirklichkeit zielbewußt sabotiert hat.

Diesen Nachweis erbringt eine neue Schrift des Genossen Scheidemann: „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie in ihren Friedensbemühungen im Sommer 1917“ (Verlag für Sozialwissenschaft). An der Hand genauer Materials zeigt diese Schrift, daß die Michaelis und Kühlmann, dirigiert von der alldeutschen-militaristischen Clique, nicht nur die Deffektivität, sondern auch die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes in der unglaublichen Weise hinter das Licht geführt haben.

Wilhelm II. war 1917 ursprünglich sehr pessimistisch und friedensbedürftig. Er bezeichnete die Friedensbemühungen der Sozialdemokratie als ein großes Verdienst und ermunterte die päpstliche Friedensvermittlung lebhaft. Aber dann erging es ihm wie dem „schlappgewordenen Kronprinzen“, er wurde von der alldeutschen Clique „aufgepumpt“. Der Hofgeneral v. Blossen steckte dem Kaiser ein anonymes Schreiben, wonach England „in seiner Todesangst“ die Vermittlung des Papstes als letzte Rettung ansehe. Das Eingehen Englands auf diese Vermittlung sei nur „das sichere Zeichen, wie schlimm es mit England stehe“. Daraufhin schwante Wilhelm, hilflos wie immer, wieder völlig um.

Der Verhandlungsvorschlag des Papstes vom Sommer 1917 umfaßte sieben Punkte, darunter als vierten die völlige Wiederherstellung Belgiens. Aber obwohl die päpstlichen Vermittler keinen Zweifel daran ließen, daß ohne die Annahme dieses Punktes durch Deutschland die Friedensbemühung gescheitert sei, obwohl sie die deutsche Diplomatie immer wieder beschworen, jede Einschränkung und Verkaufung in diesem Punkte zu unterlassen, konnten die Zimmermann, Michaelis, Kühlmann usw. unter dem Druck der deutschen Annesionspolitiker sich zu keiner klaren Antwort auftrauen. Herr Michaelis — welcher geistiger Horizont enthüllt sich hier! — wollte die ganze päpstliche Friedensvermittlung nur benutzen, um sie in einer Kettschleife zu lassen, die den Gegner in moralische Unrecht setze. Er beschloß deshalb, die Angelegenheit „diplomatisch“, d. h. verschleppend zu behandeln, wie ja dann die Antwort an den Papst tatsächlich in der unglaublichen Weise verzögert wurde. Selbst das verbündete Bulgarien mahnte die deutschen Diplomaten, auf die päpstliche Friedensvermittlung einzugehen, aber im Auswärtigen Amt konnte man sich nicht entschließen, den auf die slawische Küste erpicht Annesionspolitikern den Stuhl vor die Tür zu setzen. Aus persönlicher Erinnerung schildert Scheidemann, wie Kühlmann ihn mit allen Mitteln abhalten wollte, im Reichstag eine unabweisbare Erklärung der Regierung bezüglich Belgiens zu fordern. Kühlmann raunte schließlich mit geheimnisvoller und feierlicher Geste, in drei bis vier Wochen würden bereits direkte Verhandlungen mit England über diesen Punkt im Gange sein, die man jetzt nicht stören sollte. Genosse Scheidemann ließ sich dadurch nicht irreführen; von der feierlichen Voraussetzungen Kühlmanns traf nichts ein.

Auf einen letzten Versuch des Papstes am 21. September 1917, Deutschland zur Nachgiebigkeit zu bewegen, folgte nur die lafonische Aeußerung des Auswärtigen Amtes, daß nichts mehr zu ändern sei.

So wurde 1917 eine aussichtsreiche Friedensvermittlung verpaßt, weil die Annesionspolitiker ihre belgischen Ansprüche nicht opfern wollten. Durch einen klaren Verzicht auf Belgien hätte sich damals mit einiger Wahrscheinlichkeit noch ein Frieden erzielen lassen, der im großen ganzen die Unversehrtheit Deutschlands gewahrt, sicher unsere wirtschaftliche Verflorung ausgeschlossen hätte. Doch die Annesionsisten wollten Krieg bis zum bitteren Ende. Mit Recht schließt Scheidemann seine Broschüre mit den Worten: „Für die größtmöglichen Pläne dieser Politiker und Geschäftsmänner überreichen uns die Ententemächte ihre Rechnungen“.

## Eine „unglaubliche Verhaftung“.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird gemeldet, daß der Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei in Wittenberg verhaftet worden sei. Diese Verhaftung gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu einem riesigen Entrüstungsschrei gegen das „System Hörsing“. Wie der „S. L.“ aus Wittenberg geschrieben wird, hat dieser Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei, Bollschlager mit Namen, mit gefälschten Papieren als Biondlersteinant, der er niemals war, Fählung mit den Rausschäften und Offizieren der Schupo zu nehmen gesucht, um ihre Bereitwilligkeit für einen Rechtsputsch festzustellen. Festgenommen, hat er bei seiner Vernehmung angegeben, daß er im Auftrag der Deutschnationalen Volkspartei gehandelt hätte. Weiterhin hat er erklärt, in Wittenberg bestände ein Freikorps zum Schutze der Interessen des Bürgerturns, das über Maschinengewehre und Minenwerfer verfüge. Sprengstoffe, Waffen und Munition seien im Turm der Kaserne vermauert.

Ob der neuen preußischen Regierung über diese Vorbereitung zu einem neuen Kapp-Putsch etwas bekannt? Und was gedenkt sie zu tun, um die Republik weiter mit Hilfe ihrer deutschnationalen Vertrauensvotumgeber zu schützen?

Erzbergers Immunität aufgehoben. Der Geschäftsbundungsausschuss des Reichstages hat mit allen gegen vier Stimmen, entsprechend Erzbergers Wunsch, beschlossen, die Immunität des Abg. Erzberger hinsichtlich der Strafverfolgung wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht aufzuheben.

## Die Aufnahme der Note.

Washington, 26. April. (Reuter.) Deutschlands Gegenanträge in der Reparationsfrage sind beim Staatsdepartement eingegangen und dem Kabinett bei seiner regelmäßigen Sitzung vorgelegt worden. Obwohl noch kein offizieller Kommentar bekanntgegeben worden ist, glaubt man doch, daß die Vorschläge einen günstigen Eindruck gemacht haben.

In Berliner englisch-diplomatischen Kreisen wird der neueste Vorschlag Deutschlands in der Reparationsfrage in England als großer Fortschritt angesehen, weil Deutschland jetzt vor allem den guten Willen bezeugt habe, bis an die Grenzen des Menschens-möglichen zu gehen.

### Amerikanische Pressestimmen.

New York, 26. April. (Spezialdienst des WTB.) „World“ verweist auf die Kosten, die schon von Deutschland wegen seiner Verantwortlichkeit am Beginn des Krieges einzuzahlen worden sind, und sagt: Die Lösung der Reparationsfrage ist wesentlich wirtschaftlich und sollte durch kundige Volkswirtschaftler herbeigeführt werden sein. Statt dessen ist sie zwei Jahre lang ein Spielball britischer und französischer Politiker gewesen. Wenn die Be-

## Ein Tag des Verderbens

soll nach dem Willen der Ententemächte der 1. Mai für Deutschland werden. Neue militärische Gewaltmaßnahmen sollen neue schwere Opfer erpressen.

Angehts dieser drohenden Gefahr muß der Weltfeiertag der Arbeit, der seit mehr als dreißig Jahren dem Gedanken der Völkerverständigung und dem Kampf gegen militaristische Gewalt herrschaft gewidmet ist, gerade in Deutschland durch Massenbeteiligung an den Versammlungen zu einer gewaltigen Volkskundgebung werden für

## Frieden und Recht!

richte aus Berlin nicht irreführend sind, ist die Zeit für eine Regelung nahe. Hughes hat die Lage der Vereinigten Staaten klar dargelegt. Sie besteht darin, daß die Vereinigten Staaten keine Sympathie haben mit den Extremisten auf beiden Seiten, daß sie aber ein Abkommen sobald als möglich herbeigeführt sehen möchten. „New York Times“ sagt: Die Vereinigten Staaten wollen nicht abseits stehen, sich aber auch nicht hineinmischen, den Deutschen nicht ins Garn gehen und sich nicht dazu hergeben, in irgendeiner Weise die Alliierten auseinanderzureißen. Sie können aber ihr eigenes erhebliches Interesse an einer gerechten und schleunigen Lösung der Reparationsfrage nicht leugnen, und wollen alles tun, was sich mit der Vernunft und der Anständigkeit gegen ihre Gefährten im Siege verträgt, um eine Lösung herbeizuführen.

Nach einem Telegramm aus Washington sagte Hoover, die Reparationsfrage behindere den auswärtigen Handel der Vereinigten Staaten weiterhin, da die amerikanischen Exporteure sich von dem Handel mit Deutschland fernhielten, bis die Unsicherheit über die Reparationsfrage beseitigt sei. Exports gingen auch jetzt in beträchtlicher Menge nach Deutschland, sie seien aber noch unter bereits getätigten Kontrakten verbleibt worden. Man glaube, daß jetzt über nur sehr wenig neue Kontrakte verhandelt werde.

## Blockade Hamburgs?

London, 26. April. (E.P.) Wie die Londoner Blätter über die Konferenz von Hoge erfahren, ist von Briand auch die Blockade Hamburgs vorgeschlagen worden und soll ihm zugesichert worden sein.

### Vollständige Gütersperre!

Düsseldorf, 26. April. (W.) Die Düsseldorf-Güterabfertigung hat von der Malzer Eisenbahndirektion die Warnung erhalten, daß der gesamte Güterverkehr für alle Stationen im besetzten Gebiet und auch für die Grenzbahnhöfe gesperrt ist. Dadurch wird die zunehmende Stauung im Düsseldorf-Bezirk immer beunruhigender.

## Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 26. April. (WTB.) In der heutigen Kammer Sitzung gab Ministerpräsident Briand folgende Erklärung ab. Er sagte:

Von Hythe zurückkommend, lege ich Wert darauf, Ihnen über das Ergebnis meiner Unterredung mit dem englischen Premierminister Mitteilung zu geben. Die Unterhaltungen in Hythe, die nicht offiziell waren, weil unsere Alliierten nicht daran teilgenommen, haben die beiderseitigen Ergebnisse gezeitigt. Am Grundsatze waren wir einig. Wir sind übereingekommen, vor dem 1. Mai eine Konferenz einzuberufen. Im Augenblick ist unsere Lage Deutschland gegenüber klar. Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die ihm aus dem Vertrage von Versailles obliegen, im Verzuge, was die Sicherheitsfrage, die vitalen Fragen und was die Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen und schließlich was die Reparation, d. h. die Zahlungen, anbelangt, zu denen sich Deutschland durch Unterschrift verpflichtet hat. Nach dieser Richtung hin ist

### Deutschland im Bankrott.

Die Reparationskommission hat ihre Richtlinie gespielt, sie hat die Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten geprüft und ist zu dem Entschluß gekommen, daß Deutschland nicht 20 Milliarden, sondern nur 8 Milliarden gezahlt hat. Deutschland hat die Ueberführung des Goldes der Reichsbank verweigert. Deutschland hat sich an die Tschechoslowakei, an die Schweiz und nach Rom gewandt. Es wurde zurückgewiesen. Schließlich hat es die Vereinigten Staaten von Amerika in der bekannten Weise angerufen. Es verlangte Vermittlung und Schiedsgericht.

### Deutschland gab banale Versprechungen

und sprach von übertriebenen Forderungen angesichts seiner Armut. Unsere Verbündeten haben die Demarche mit der Loyalität und den Gefühlen, die sie den Alliierten schuldig sind, zurückgewiesen. Inzwischen haben sie erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt uns, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Wir kennen die Vorschläge nicht. Wir stellen nur fest, daß Deutschland sich nicht mehr an die Alliierten wendet. Deutschland wagt in der Tat, daß wir diesen Grund haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Es weiß auch, daß alle bisherigen Verhandlungen zu nichts geführt haben und daß es dadurch nur Zeit gewonnen hat, und wenn es sich an uns direkt mit dem Verlangen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, es allen Grund hätte, anzunehmen, daß wir ihm geantwortet hätten: keine Worte mehr, Latent! Keine Versprechungen, keine Verhandlungen! Um aber Verhandlungen, die Deutschland wünscht, anzuknüpfen, wandte sich Deutschland an das Land, das unser ganzes Vertrauen, unsere ganze Freundschaft hat, auf dessen Loyalität wir bauen und für das wir tiefe Dankbarkeit empfinden. Ich habe volles Vertrauen in die Loyalität und den Charakter der Vereinigten Staaten. Sie haben nur zu viel Grund gegeben, nicht an ihnen zu zweifeln und sicher zu sein, daß auch angesichts dieser Demarche die Regierung der Vereinigten Staaten nur eine Initiative ergreifen wird, die konform mit unseren Interessen geht. Ich bin ganz sicher, daß die Ergebnisse mich nicht tägen lassen werden.

(Lebhafter Beifall.) Wir haben für den Verfalltag alle Disposi-

tionen ergriffen (Lebhafter Beifall im ganzen Hause), wir sind bereit zu einer raschen und wirksamen Handlung entsprechend den Gefühlen, denen ich hier Ausdruck gegeben habe. Wir haben als treuer Alliieter gehandelt, der nichts unternehmen will, ehe er seine Verbündeten gefragt hat. In demselben Augenblick, in dem unsere technischen Kommissionen Ihre Arbeiten vollendet hatten, haben wir unseren Verbündeten mitgeteilt, welche Maßnahmen wir ins Auge fassen, welches Ziel wir verfolgen und unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen angewendet werden sollen. Am 30. April werden die Verbündeten zusammentreten. Dann werden sie die Arbeiten unserer Sachverständigen zu prüfen haben und die Maßnahmen, die wir für unerlässlich gehalten haben. Frankreich nimmt nicht schematisch zu derartigen Mitteln Zuflucht. Es verfolgt sowohl moralische wie auch materielle Ziele. Lord George hat diese Ansicht verstanden und sich mit ihr vollständig einverstanden erklärt. Die Frage der

### Sicherheit der Grenzen

interessiert Frankreich am meisten. Briand sprach dann weiter von der Entwaffnung Deutschlands und von der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen sowie von den Reparationen. Er erklärte, daß er in keinem dieser Punkte auf Grund leerer Versprechungen nachgeben werde, und es sei sicher, daß auf der Tagung des Obersten Rates am 30. April in London unter den Alliierten kein Jögern abzuwarten werde, um

### Frankreich alle Mittel zu geben.

seine Befriedigung zu erhalten. Der Ministerpräsident erklärte zum Schluß, daß die Regierung das Vertrauen des Parlamentes besitzen müsse, wenn es sich am 30. April zur Londoner Konferenz begeben werde, und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Parlament ihm das Vertrauen nicht verweigern werde. (Langer Beifall.)

Abg. Lardieu erklärte, es handle sich jetzt darum, der Regierung kein zweideutiges Vertrauen zu gewähren. Man müsse wissen, ob die Regierung tatsächlich gewillt sei, den Friedensvertrag von Versailles und nicht das Abkommen von Paris anzuwenden, wie es englische Berichte verlangten. Lardieu billigt die Erklärung Briands, behauptet aber, daß Deutschland sich geweigert habe, die Kriegsmaterialfabriken zu zerstören. Abg. Mandel wirft Briand vor, behauptet zu haben, der Vertrag von Versailles sei undurchführbar.

Briand erwidert, er habe erklärt, der Vertrag von Versailles sei nur unter der Bedingung ausführbar, daß eine vollkommene Uebereinstimmung unter den Alliierten herrsche. Etwas anderes habe er nicht gesagt. Die sofortige Debatte der Interpellation Lardieu verweigere er. Lardieu beharrt auf der sofortigen Debatte, worauf die Regierung die Vertagung auf einen späteren Zeitpunkt verlangt und die Vertrauensfrage stellt. Der verlangte Ausschub wird mit 424 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die Vertagung der Interpellation wird mit 424 gegen 29 Stimmen beschlossen, womit die Kammer mit großer Mehrheit der Regierung ihr Vertrauen ausgedrückt hat.

## Das Endergebnis der Tiroler Abstimmung.

Innsbruck, 26. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Wahlbeteiligung war weit stärker, als der größte Optimismus annehmen konnte. Während selbst bei der letzten Landtagswahl unter der durch empfindliche Geldstrafen gesicherten Wahlpflicht nur 80 Prozent der Abstimmungsberechtigten zur Urne gebracht werden konnten, haben am Sonntag trotz der Verkehrsbehinderungen durch Neuschnee in den Hochalpen sich mehr als 90 Prozent an der Abstimmung beteiligt. Zusammen sind 131 708 Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der Abstimmungsberechtigten beträgt, sehr hoch gerechnet, 145 000. Es wurden 129 838 Stimmen mit ja und 176 mit nein abgegeben. 294 Stimmen waren ungültig. Es lautet also 88,8 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ja. Bemerkenswert ist, daß in den Schwämmgelderöckern an der deutschen Grenze, wo die Schmutzler beim Verschwinden der Grenze in ihrem Gewerbe geschädigt wurden, der Prozentsatz der Neinstimmen besonders groß gewesen ist.

In Bozen ist der Montag ruhig verlaufen. In einer Volksversammlung beklagten Vertreter aller Parteien die Zwischenfälle. Die Mustermasse ist geschlossen worden. Der Gouverneur hat die Zwischenfälle getadelt; alle Maßnahmen zur Sicherung der Ordnung seien getroffen. Zwei Führer der Faschisten wurden verhaftet.

### Italienische Drohungen.

München, 26. April. Dem „Corriere della Sera“ wird aus Rom mitgeteilt: Trotz der Verwarnung der Alliierten und deren Weitergabe durch die österreichische Regierung hat die Volksabstimmung in Tirol stattgefunden. Die deutschen Elemente des Obersteingebietes bereiten den politischen Wahlgang vor. Die deutsche Reichsregierung muß sich darüber klar werden, daß Stellen deutsche, gegen seine Sicherheit gerichtete Kundgebungen nicht ruhig hinnehmen, und daß sie keinerlei Rücksicht erwarten kann, ehe sie nicht ohne Zweideutigkeit darauf verzichtet, in jenen Gebieten Missionen zu weiden, die nur das Wohl des deutschen Volkes unbedingte beinträchtigen werden. So ist die erste Folge der alldeutschen Umtriebe die Umkehr Italiens von dem Anschlußgedanken Österreichs an Deutschland. Die alldeutsche Bewegung ist der Grund, der Italien bewegt, gegen die Tiroler Volksbefragung Stellung zu nehmen und somit Frankreich zu unterstützen. Die deutsche Reichsregierung wird sich bald davon überzeugen, daß ihre Schwäche gegen die alldeutschen Machenschaften noch andere mehr peinliche Folgen in anderen Fragen nach sich ziehen kann.

## Ablehnung des Ueberschichtenabkommens.

Bohum, 26. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die freien Gewerkschaften und der Hlitz-Daukerische Gewerkschaften haben das Ueberschichtenabkommen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bohum, 26. April. (WTB.) Die Abstimmung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften über das Angebot der Arbeitgeber des Steinkohlbergbaues vom 12./13. April hat ergeben, daß eine überaus große Mehrheit der Mitglieder gegen die Leistung der weiteren Ueberarbeit ist. (Diese Ausdrucksweise des WTB. ist irreführend. Die Bergarbeiter sind nicht gegen die Ueberarbeit überhaupt, sondern gegen dieses Abkommen. Red.) Das Angebot der Arbeitgeber wurde damit abgelehnt.

## Amnestie in Sowjet-Rußland.

Helsingfors, 26. April. (E.P.) Aus Moskau wird gemeldet: Ein Dekret der Volkskommission verfügt die Amnestie des republikanischen Strafverfahrens. Die lebenslanglich verurteilten politischen Verbrecher sollen nach fünfjähriger Haft entlassen werden. Die revolutionären Gerichte erhielten aus Moskau einen strengen Befehl, wonach das strafrechtliche Verfahren die mildernden Umstände in jedem Falle berücksichtigen soll.

WTB. 36 Stunden, nachdem „Vorwärts“ und „Freiheit“ den Notenwechsel zwischen Sowjetrußland und der Gewerkschaftsinternationale ausführlich wiedergegeben haben, kommt WTB. mit einem aus Paris gedruckten Auszug von 30 Zeilen daher. Alle Achtung!

